



## 11. Newsletter *Grüne Umwelt-, Bau- und Verkehrspolitik für Bremen*, 07.09.2009

---

### Aktuelles

1. *Keine Laufzeitverlängerung für das AKW Esenshamm!* Auf Initiative der grünen Bürgerschaftsfraktion hat der Landtag auf seiner jüngsten Sitzung den Senat aufgefordert, sich bei der niedersächsischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die im Atomkraftwerk Esenshamm bemängelten Sicherheitsdefizite unverzüglich beseitigt werden und – sofern dies nicht möglich ist – mit sofortiger Wirkung die Betriebs-erlaubnis des Atomkraftwerks zu entziehen sei. Außerdem soll die Laufzeit des AKW Esenshamm nicht über 2012 verlängert werden. „Für mich ist das Thema Atomkraft ein Dauerbrenner – und ich hoffe, die Brenndauer ist absehbar. Dauerbrenner aber auch, weil die Kette von Störfällen in AKWs nicht abreißt und das Sicherheitsrisiko permanent ist“, leitete Maike Schaefer die Debatte ein. „Das AKW Unterweser ist nicht terrrorsicher. Es ist hochwassergefährdet. Und es weist Altersschäden in Bau und Technologie auf. Solche AKWs müssen endlich vom Netz gehen“, forderte Maike Schaefer. „Und deshalb sieht der Atomkonsens vor, dass gerade zuerst die älteren AKWs abgeschaltet werden müssen. Deshalb darf die Laufzeit des AKWs nicht über 2012 noch verlängert werden.“ Mit dem beschlossenen Antrag bekundete die Bremische Bürgerschaft auch, am Atomkonsens festzuhalten.

2. *Bremen: lebenswert, urban, vernetzt!* Die Stadtbürgerschaft diskutierte in ihrer letzten Sitzung über das „Leitbild der Stadtentwicklung 2020“. Stadtentwicklung ist ein komplexer gesamtgesellschaftlicher Prozess, der sich nicht am Reißbrett planen lässt, so Karin Krusche in der Debatte: „Ein Prozess, der vor allem keine One-man-Show eines Bausenators ist, sondern darauf angewiesen ist, dass Menschen sich einmischen, sich engagieren, dass die verschiedenen Ressorts zusammenarbeiten statt gegeneinander, und dass bei Kontroversen, die es natürlich auch gibt, der gegenseitige Respekt nicht unter die Räder kommt.“ Sie benannte einige Ziele und Aktivitäten, die für Grüne von besonderer Bedeutung sind, so etwa den Abstand zwischen den zehn ärmsten und den zehn reichsten Stadtteilen zu verringern, die Stadt zum Kompetenzzentrum des Nordens für erneuerbare Energien, effiziente Energieerzeugung und Klimaschutz zu entwickeln und bis 2020 zu erreichen, dass die Hochschullandschaft Bremen zu den hochleistungsfähigsten deutschen Wissenschaftsstandorten mit hoher Attraktivität zählt. Karin Krusche: „Das Leitbild ist gleichsam das Dach, das all die Einzelthemen verbindet, an denen die Koalition seit Regierungsbeginn arbeitet. Es ist eine Aufforderung an die ganze Stadtgesellschaft, Bremen für die Zukunft unter dem Motto ‚lebenswert – urban – vernetzt‘ weiterzuentwickeln.“

3. *BSAG-Kontrakt: Grundlage für verlässlichen klimafreundlichen ÖPNV!* Der neue Kontrakt mit der Bremer Straßenbahn AG gilt von 2011 bis 2020. Maïke Schaefer dazu: „Wir wollen einen verlässlichen klimafreundlichen ÖPNV und dieser Kontrakt bietet eine solide Grundlage bis 2020 hierfür. Das Sozialticket kommt und dieser Kontrakt ist ein Erfolg hinsichtlich der Sicherung von Arbeitsplätzen, des Erhalts der Qualität des ÖPNV und die Reduzierung der Schulden zur Entlastung des Bremer Haushaltes für die nächsten zehn Jahre.“ Bis 2020 hat sich die BSAG ein ambitioniertes Ziel gesteckt: der CO<sub>2</sub>-Ausstoß soll um 15 Prozent reduziert und zeitgleich die Fahrgastzahlen um 10 Millionen Menschen erhöht werden. „Wir lernen unter anderem im Vertrag“, so Schaefer weiter, „dass die Stadtgemeinde Bremen die BSAG – sofern es auch weiterhin das EU-Recht erlaubt, was geprüft werden muss – für ÖPNV-Leistungen direkt beauftragen kann. Das bedeutet die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze, wir sprechen hier von insgesamt 2000 Arbeitsplätzen. Zudem verpflichtet sich die BSAG bis 2020 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen. Damit verbunden hat Bremen seine Bereitschaft erklärt, 100 Ausbildungsplätze zu unterstützen. Auch will die BSAG ihre Schulden von 52,7 Mio Euro im Jahr 2009 bis 2020 auf 42,6 Mio Euro drücken. Und das Straßenbahnnetz soll, wie beschlossen, ausgebaut werden.“

4. *Staatsvertrag zur Zusammenarbeit zwischen Bremen und Niedersachsen beschlossen!* Karin Mathes begrüßte ausdrücklich aus grüner Sicht den in der aktuellen Bürgerschaft zur Debatte stehenden Staatsvertrag. Diese sei „ein entscheidender Schritt hin zu gemeinsamen verbindlichen Regelungen zwischen Niedersachsen und Bremen in der Region. Damit soll das Konkurrenzprinzip endlich überwunden werden! Bremen und Bremerhaven streben mit dem Umland eine effektive Aufgabenteilung und Funktionsergänzung an. In der Zusammenarbeit, nicht in der Konkurrenz, liegt die Zukunft einer Region und ihrer Fähigkeit, sich den verschiedenen Herausforderungen moderner Politik-, Wirtschafts- und Verwaltungsaufgaben zu stellen“, betonte die Abgeordnete. Drei Neuerungen gehen mit dem Staatsvertrag einher. Zum einen erkennt Niedersachsen die oberzentrale Funktion der Städte Bremen und Bremerhaven an. Sie werden raumordnungsrechtlich den innerhalb von Niedersachsen liegenden Oberzentren gleichgestellt. Zweitens wird die Basis für verbindliche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene geschaffen. Mittels raumordnerischer Verträge können und sollen in Folge mit den regionalen Akteuren verbindliche vertragliche Vereinbarungen festgeschrieben werden. Und schließlich wird die Option für gemeinsame grenzüberschreitende Planungsverfahren geschaffen. Das heißt, dass die interkommunale Abstimmung und Kooperation zukünftig u.a. bei der regionalen Planung des ÖPNV, der Weiterentwicklung regionaler Landschafts- und Freiräume sowie der Entwicklung gemeinsamer Gewerbegebiete intensiver und verbindlicher werden soll. Karin Mathes: „Das zur Abstimmung stehende Gesetz bzw. der Staatsvertrag sind Voraussetzung für kommende verbindliche Verträge auf der Grundlage eines bereits Jahrzehnte andauernden Verständigungsprozesses.“

## **Bürgerschaft, Deputationen und Senat**

1. *Geothermie fördern statt Kohlendioxid unterirdisch speichern!* Die Antwort des Senats auf die CDU-Anfrage zu den Potenzialen der Geothermie in Bremen zeigt, dass derzeit nur wenig Daten zur privaten Nutzung von Erdwärme zur Verfügung stehen.

Es gibt zwar einen gestiegenen Bedarf an Wärmepumpen deutschlandweit, aber über die private Nutzung der Erdwärme in Bremen ist nichts bekannt. „Aber für öffentliche Gebäude. Und hier sage ich super, weiter so!“ lobte Maike Schaefer den Senat. "Hierzu gehören Bürogebäude des timeport 2 und 3, das Fockemuseum, das Klimahaus, im Weserportgebäude ist es vorgesehen (zum Kühlen) und auch beim Umbau der Kunsthalle soll Erdwärme genutzt werden."

Das technische Potenzial für den Ausbau der oberflächennahen Erdwärmenutzung in Bremen ist erheblich. Überall in Bremen kann diese Wärmeform praktisch zur Beheizung von Gebäuden genutzt werden. Zur Frage, in welchen Gebieten in Bremen sich die Tiefen-Geothermie eignet, sollen bis 2011 alle geologischen Daten für die Stadt Bremen digital erfasst und neu bewertet werden. Schaefer spannt den Bogen zur Diskussion über die unterirdischen Kohlendioxidspeicher – kurz CCS: „CCS steht meines Erachtens in direkter Konkurrenz zur Tiefengeothermie. Statt in Technologien zu investieren, die darauf angelegt sind, CO<sub>2</sub>-arm Energie zu liefern, soll hier auf Bundesebene eine Technologie gefördert werden, die CO<sub>2</sub>-intensive Energiegewinnung wie die der Kohlekraft 'legitimiert' und deren Risiken man noch nicht mal abschätzen kann. „Anstatt Unsummen in der Subventionierung der CCS-Kohlekraftwerkstechnologie zu versenken, sollte die Bundesregierung ein umfassendes Bohrprogramm für die Geothermie finanzieren. Damit würde dann auch der Grundstock für eine zukunftssichere umweltfreundliche Energieversorgung gelegt.“

*2. Innenverdichtung statt Bauen auf der grünen Wiese!* Der Streit um den geplanten Bau von drei Stadthäusern am Alten Rettungshafen fand per Antrag der LINKEN auch in der Stadtbürgerschaft statt. Karin Krusche versuchte, die Wogen etwas zu glätten: „Bremen ist eine grüne attraktive Stadt am Fluss und wird es auch mit drei neuen Häusern am Weserufer in der Neustadt bleiben! Es gibt kaum eine Stadt in Deutschland, die entlang ihres Flusses so viele Grünflächen hat wie Bremen. Und niemand hat vor, das Weserufer durchgehend zu bebauen.“ Der Streit weise aber auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung hin, der, so Krusche, "wir Grüne uns nicht entziehen wollen und die wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und dem Beirat führen wollen. Es geht um die Frage, wie und an welcher Stelle wir unsere Stadt weiterentwickeln. Wollen wir sie nach innen entwickeln oder wollen wir die Stadt an den Rändern ausdehnen, also auf die grüne Wiese gehen. Das Leitbild Bremen 2020 setzt auf die Innenentwicklung, auf die Reurbanisierung der Stadt. Das ist ein richtiges Leitbild, und es ist ökonomisch sinnvoll und ökologisch vernünftig." Krusche machte darauf aufmerksam, dass es sinnvoller sei, dort zu bauen, wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist, und hob hervor: "Das Wohnen in einem gewachsenen und attraktiven Stadtteil wie der Neustadt und nahe der Innenstadt macht viele Wege kurz, das Auto kann stehen bleiben."

*3. Senat beschließt Energiestandards für öffentliche Gebäude!* Die öffentlichen Gebäude der Freien Hansestadt Bremen sollen künftig nach zukunftsweisenden Energiestandards saniert und gebaut werden. Dazu der grüne Umwelt- und Bausenator Reinhard Loske: „Mit der neuen Richtlinie setzen wir einen weiteren Punkt aus unserem Aktionsprogramm Klimaschutz 2010 in die Tat um. Damit leisten wir einen Beitrag zur Minderung der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen und senken gleichzeitig die laufenden Energiekosten der bremischen öffentlichen Gebäude.“ Die Änderungen im Einzelnen lassen sich nachlesen unter:

[http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/list.php?page=10\\_pmtxt\\_p&sv\[pm\\_id\]=131089](http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/list.php?page=10_pmtxt_p&sv[pm_id]=131089)

4. *Aktuelle Abfallbilanz vorgelegt!* Die Bilanz für gefährliche Abfälle für die Jahre 2003 bis 2007 ist fertiggestellt und im Bremer Umweltinformationssystem eingestellt:  
<http://www.umwelt.bremen.de/de/detail.php?gsid=bremen179.c.3582.de>

## Über Bremens Grenzen hinaus

1. *Verkehrslärmschutzpaket der Bundesregierung ist billige PR-Aktion!* „Pläne sind gut, handeln ist besser. Kurz vor der Wahl umfangreiche Aktivitäten beim Lärmschutz etwa bis zum Jahr 2013 zu versprechen, gar strengere Lärmschutzgrenzwerte - ist eine billige PR-Aktion“, so urteilt Winfried Hermann, verkehrspolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion. „Denn das dafür notwendige Gesetz hätte längst vorgelegt werden können. Unverbindliche Ankündigungen helfen lärmbelasteten Anwohnerinnen und Anwohner gar nichts.“ Zur Pressemitteilung der Bundestagsfraktion geht es hier:

[http://gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/300/300401.laermschutzpaket\\_ist\\_billige\\_praktion-print~1.html](http://gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/300/300401.laermschutzpaket_ist_billige_praktion-print~1.html)

2. *Greenpeace Energiekonzept: Deutschland kann Ausstoß von Treibhausgasen um 90 Prozent senken!* Dies ist das Ergebnis einer Studie des Aachener Instituts EUTech im Auftrag von Greenpeace. Nach dem Szenario „Klimaschutz: Plan B 2050 - Energiekonzept für Deutschland“ ist eine hundertprozentige Stromversorgung mit Erneuerbaren Energien möglich, gleichzeitig kann Deutschland schon im Jahr 2015 aus der Atomkraft aussteigen. Basis dafür ist neben dem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien eine zielstrebige Verbesserung der Energieeffizienz und eine optimale Brennstoffausnutzung. Einen Neubau von Kohlekraftwerken darf es nicht mehr geben. Erdgas und Kraft-Wärme-Kopplung dienen als Brückentechnologien bis zur Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien. Zur Pressemitteilung von Greenpeace und weiteren Informationen:

[http://www.greenpeace.de/themen/klima/presseerklaerungen/artikel/deutschland\\_kann\\_ausstoss\\_von\\_treibhausgasen\\_um\\_90\\_prozent\\_senken/](http://www.greenpeace.de/themen/klima/presseerklaerungen/artikel/deutschland_kann_ausstoss_von_treibhausgasen_um_90_prozent_senken/)

## Termine

1. *AK Energie!* Der nächste Arbeitskreis findet statt am Mittwoch, 9. September, um 20 Uhr im Sitzungssaal I des grünen Büros an der Schlachte. Themen werden u.a. sein eine Nachlese zum 3. Workshop im Rahmen des Klimadialogs 2020, die Frage nach der unterirdischen CO<sub>2</sub>-Speicherung in Bremen und die Senatsvorlage zu energetischen Anforderungen an öffentliche Gebäude.

2. *Energieeffizienz und kommunale Klimaschutzkonzepte für öffentliche Liegenschaften!* Zum Thema Energie-Contracting in der Metropolregion Bremen-Oldenburg findet am Donnerstag, 10. September, zwischen 9 und 17 Uhr ein Symposium im Atlantic Hotel Airport Bremen statt. Das Symposium gibt eine Übersicht über Rahmenbedingungen und Förderprogramme für die Entwicklung von Contracting-Projekten und Klimaschutzkonzepten. Nähere Informationen:

<http://www.energiekonsens.de/de/klimaschutz/unternehmenschalterba19fa0/contracting/angebote/angebote-kopie.html#va1>

3. *AK Verkehr!* Termin ist der 15. September um 19.30 im Sitzungsraum II. Thema des Treffens ist: „Klimafreundliche Mobilität“:

[http://www.gruene-bremen.de/cms/default/dok/272/272232.ak\\_verkehr.htm](http://www.gruene-bremen.de/cms/default/dok/272/272232.ak_verkehr.htm)

4. *Bremen mit peb!* Unter diesem Motto laden der Verein „Bremen: kinder.leicht.gesund“ und die „Plattform Ernährung und Bewegung e.V.“ (peb) am 16. September zum Fachtag von 12 bis 17.30 Uhr in die Zionsgemeinde (Kornstraße 31) ein. Thematisch wird es in Workshops und auf einem Markt der Möglichkeiten um viele Aspekte ausgewogener Ernährung und Bewegung für Kinder und Jugendliche gehen. Nähere Infos und Anmeldung unter:

<http://www.regionen-mit-peb.de/>

#### **AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:**



Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin

[Karin.Mathes@gruene-bremen.de](mailto:Karin.Mathes@gruene-bremen.de)

(Tel.: 0421/3011-245)



Maike Schaefer, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin

[maike.schaefer@gruene-bremen.de](mailto:maike.schaefer@gruene-bremen.de)

(Tel.: 0421/3011-246)



Karin Krusche, bau- und stadtentwicklungspolitische Sprecherin

[karin.krusche@gruene-bremen.de](mailto:karin.krusche@gruene-bremen.de)

(Tel.: 0421/3011-253)



René Zimmermann, Referent für Umwelt, Energie, Verbraucherschutz, Bau, Stadtentwicklung und Verkehr

[rene.zimmermann@gruene-bremen.de](mailto:rene.zimmermann@gruene-bremen.de)

(Tel.: 0421/3011-242)

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/umwelt.bremen>

*Hinweis: Für Inhalte externer Links und Publikationen wird keine Haftung übernommen!*